

**Die Renaissance des Autoritarismus.**

Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung

---

**André Bank\***

**Abstract**

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts erleben der Autoritarismus und mit ihm die Autoritarismusforschung eine Renaissance. Um die spezifischen Erkenntnisse und Grenzen dieser Forschungsrichtung herauszuarbeiten, analysiert die vorliegende Literaturschau gleichermaßen neuere Beiträge der Comparative Politics wie der Regionalforschung zum Nahen Osten. Die zusätzliche Fokussierung auf die neuere Nahostforschung erlaubt es, Erkenntnisse aus derjenigen Region mit in den Blick zu nehmen, die durch das im globalen Vergleich höchste Maß autoritärer Regimestabilität gekennzeichnet ist.

Insgesamt zeigt sich, dass die gegenwärtige Autoritarismusforschung von institutionalistischen Ansätzen mit deren Konzentration auf autoritäre Institutionen (Herrscher, Regimeparteien) sowie Mechanismen (Legitimierung, Kooptation, Manipulation der Opposition) dominiert wird. Was politökonomische sowie internationale und regionale Erklärungsfaktoren autoritärer Regimestabilität angeht, so sind es neuere Beiträge der Nahostforschung, die über den traditionellen Rentierstaats-Ansatz hinausweisen und allzu demokratisierungsfreundliche Annahmen westlicher Außenpolitik gegenüber autoritären Regimes in Frage stellen. Die Grenzen der neueren Autoritarismusforschung bestehen insbesondere im ungeklärten Verständnis politischer Stabilität, in ihrer einseitigen Regimefokussierung und der damit verbundenen Staatsvergessenheit.

---

\* André Bank, M.A., ist Doktorand an der Philipps-Universität Marburg.

## 1. Die Renaissance des Autoritarismus: Einbettung und Begriffsklärung<sup>1</sup>

Der Autoritarismus und mit ihm die politikwissenschaftliche Autoritarismusforschung erleben gegenwärtig eine weithin ungeahnte Renaissance. Galten autoritäre Herrschaftsformen im Kontext der „dritten Welle“ der Demokratisierung, die zwischen 1974 und 1991 zum Ende einer Vielzahl von Militär-, Partei- bzw. Einzelpersonen-gestützten Regimen in Ost- und Südeuropa, Lateinamerika, (Süd-)Ostasien sowie in Afrika südlich der Sahara führten, noch als historische Auslaufmodelle (Huntington 1991), so wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend ihre Stabilität und teilweise gar „eine regelrechte Revitalisierung“ (Köllner 2008: 1) konstatiert. Die in den Fachdebatten immer wieder durchscheinende Überraschung über die Dauerhaftigkeit und Krisenresistenz autoritärer Regime resultiert dabei oftmals weniger aus der empiriegesättigten Untersuchung realer Herrschaftsformen. Sie entstammt vielmehr der normativ-teleologischen Grundüberzeugung des Mainstreams anglo-amerikanischer und deutscher Politik wie Politikwissenschaft, insbesondere der Transitionsforschung innerhalb der Comparative Politics, der Demokratie gegenüber Autoritarismus als normativ überlegen und – zumindest implizit – auch als stabiler und nachhaltiger ansieht.<sup>2</sup> Bei der komparativen Analyse autoritärer Regime und deren Stabilitätsfaktoren ist es bedeutsam, diesen normativen und disziplinär-ideengeschichtlichen Kontext mit im Blick zu behalten.

Der mittlerweile klassischen Definition gemäß ist *Autoritarismus* nach Juan Linz grundlegend gekennzeichnet durch einen

„limited, not responsible, political pluralism: without elaborate and guiding ideology (but with distinctive mentalities); without intensive or extensive political mobilization (except some points in their development); and in which a leader (or occasionally a small group) exercises power within formally ill-defined limits but actually quite predictable ones“ (1964: 297).

<sup>1</sup> Für hilfreiche Kommentare und Diskussionen danke ich Christian Göbel, Roy Karadag, Daniel Lambach und Thomas Richter sowie den beiden Gutachter/innen des HRSS.

<sup>2</sup> Die deutschsprachige Transitionsforschung wird seit den 1990er Jahren in diesem Sinne maßgeblich von Merkel 1999 (3. Aufl. 2008) geprägt. Einen kritischen Überblick über verschiedene Ansätze der Transitionsforschung liefern Schlumberger/Karadag 2006.

Nach Linz sind Autoritarismen folglich ähnlich wie Demokratien durch politischen Pluralismus charakterisiert; dieser ist jedoch im Autoritarismus de facto, wenn auch nicht notwendigerweise formell und de jure, entscheidend begrenzt und nicht verantwortlich. Vom Totalitarismus grenzt Linz autoritäre Regime erstens durch die Dominanz von diffusen Mentalitäten gegenüber eindeutigen Ideologien und zweitens durch das Fehlen extensiver und intensiver politischer Mobilisierung der Bevölkerung ab (vgl. auch Lauth 1995). Diese Definition, die Linz anhand von Spanien unter General Franco entwickelt, verortet Autoritarismus als Analysekategorie *zwischen* Demokratie und Totalitarismus und etablierte somit die jahrzehntelang (und bis dato) weitgehend gängige Trias der Analyse von Herrschaftstypen. Mit dem aktuell verstärkten Interesse an den Stabilitätsfaktoren autoritärer Regime wandeln sich letztere immer mehr von der einstmaligen Residual- zur zentralen Untersuchungskategorie.<sup>3</sup> *Regime* wird in diesem Zusammenhang gemeinhin als „wertneutraler Begriff“ (Schlumberger 2008a: 21, Fn 5) aufgefasst und kann verstanden werden als

„the formal and informal organization of the center of political power, and of its relations with the broader society. A regime determines who has access to political power, and how those who are in power deal with those who are not“ (Fishman 1990: 428).

Vor dem Hintergrund dieser breiten Einbettung und der definitorischen Annäherung an die zentralen Begriffe geht es im Folgenden um die Herausarbeitung der Erkenntnisse aber auch der Grenzen gegenwärtiger politikwissenschaftlicher Forschungen zu autoritären Regimen und deren Stabilitätsfaktoren. Dabei wird insbesondere auf anglo-amerikanische und deutschsprachige Beiträge fokussiert, die seit 2004 entstanden sind und somit die aktuelle Fachdebatte prägen. Die Differenzierung der verschiedenen Ansätze zu autoritärer Regimestabilität orientiert sich dabei an den drei dominanten Richtungen: institutionalistische Ansätze, politökonomische Ansätze sowie internationale und regionale Erklärungen (Teil 2). Damit schließt die vorliegende Literaturschau an aktuelle Bestandsaufnahmen

<sup>3</sup> Der weithin konstatierte Bedeutungsverlust totalitärer Herrschaft – von der Ausnahme Nordkorea einmal abgesehen – deutet immer mehr darauf hin, dass sich ein zentraler binärer Gegensatz zwischen Demokratie und Autoritarismus herausgebildet hat und dass damit die seit den 1960er Jahren gängige Trias der Herrschaftstypen obsolet werden könnte.

der Autoritarismusforschung an (Köllner 2008), geht zugleich mit ihrer stärkeren Berücksichtigung politökonomischer sowie internationaler und regionaler Erklärungsfaktoren aber auch über diese hinaus. Teil 3 arbeitet sodann zentrale Erkenntnisse aus der neueren Regionalforschung zum Nahen Osten und Nordafrika heraus und konzentriert sich folglich auf die weltweit einzige Region, in der seit den 1990er Jahren kein Demokratisierungsprozess konstatiert werden kann und die durch ein besonders hohes Maß hinsichtlich der Stabilität autoritärer Regime gekennzeichnet ist (Anderson 2006; Fürtig 2007; Haklai 2009; Schlumberger 2007, 2008a). Die „parallele Strukturierung“ nach institutionalistischen, politökonomischen sowie internationalen und regionalspezifischen Erklärungsfaktoren in den Teilen 2 und 3 erlaubt es genauer zu bestimmen, ob und, wenn ja, in welchen Bereichen konkret die Nahostforschung die allgemeine Debatte zum Autoritarismus bereichern kann – letzteres ist zumindest ein Anliegen, das vielfach von zentralen Vertreter/innen der politikwissenschaftlich orientierten Middle East Studies geäußert wird (Anderson 2006; Pripstein 2004; Schlumberger 2007), bis dato allerdings noch nicht systematisch umgesetzt wurde. Teil IV nimmt abschließend eine kritische Würdigung der neueren Autoritarismusstudien in Vergleichender Politikforschung und Nahoststudien vor und arbeitet dabei auch deren Grenzen und zentrale konzeptionelle Fallstricke heraus.

## **2. Die Stabilität autoritärer Regime: Erkenntnisse neuerer Beiträge der Comparative Politics**

### **2.1. Institutionalistische Ansätze**

Lässt sich so etwas wie ein Mainstream der seit Beginn der 2000er Jahre wachsenden Autoritarismusforschung ausmachen, so kommt dieser zweifelsohne den institutionalistischen Ansätzen zu. Unter dem breiten Label institutionalistische Ansätze lassen sich folglich die Mehrzahl der aktuellen Studien zu autoritärer Regimestabilität subsumieren (vgl. auch Köllner 2008: 9ff.). Gemeinsame Klammer ist die Fokussierung auf die Ausgestaltung und Funktionsweise politischer Institutionen. Hiermit ist in aller Regel auch eine innerstaatliche (Binnen)Perspektive und eine Konzentration auf zentrale Entscheidungsgremien und -prozesse impliziert.

Als guter Ausgangspunkt für einen Überblick zu neueren institutionalistischen Ansätzen in der Vergleichenden Politikforschung eignet sich die von Barbara Geddes eingeführte Differenzierung von drei Typen autoritärer Regime (1999). Geddes unterscheidet so zwischen *Militärregimen*, *personalisierten Regimen* und *Einparteienregimen* und weist mit Hilfe einer historisch-komparativen Längsschnittanalyse – basierend auf einem Datensatz von 163 autoritären Regimes – nach, dass Militärregime weniger stabil sind als personalisierte Regime und dass diese wiederum weniger stabil sind als Einparteienregime. Sie erklärt die relativ geringe Dauerhaftigkeit von reinen Militärregimen damit, dass diese durch ihre enge, spezifisch militärisch-hierarchische und damit über Gewaltmittel verfügende institutionelle Basis bereits das zentrale Moment ihrer potenziellen Destabilisierung in sich tragen. Personalisierte Regime sind demgegenüber weniger gefeit gegen interne Spaltungen, insbesondere Putschs, da die relevanten Entscheidungsprozesse in den Händen einer zentralen Person (Präsident, Monarch) konzentriert sind. Destabilisierungspotenziale ergeben sich Geddes zufolge hier aus drei anderen Quellen: erstens aus der ungeklärten Nachfolgefrage nach dem Ableben der zentralen Führungsfigur (Machtvakuum, intra-elitäre Konflikte);<sup>4</sup> zweitens aus einer ebenfalls relativ engen Unterstützerbasis in der Gesellschaft, da vor allem die Topklienten des Patrons vom Status Quo profitieren; drittens als Konsequenz von Wirtschaftskrisen, da die gängige „top-down“ Verteilungspolitik, die zumindest partiell größere Teile der Gesellschaft bindet, nicht mehr adäquat durchgeführt werden kann. Einparteienregime weisen diese Destabilisierungsmomente vergleichsweise weniger auf; insbesondere potenzielle Konflikte hinsichtlich Personalwechsel können so ausgeglichen werden. Zudem fungiert die dominante Partei als Transmissionsriemen, Integrations-, Kooptations- und Aufstiegskanal für verschiedene soziale Gruppen und stattet das Regime mit einer breiteren sozialen Basis aus (Geddes 1999).

Im Anschluss an Geddes prominente Dreiteilung autoritärer Regime lassen sich die neueren institutionalistischen Beiträge weiter spezifizieren. So stellen die gegenwärtigen Militärregime bzw. die Rolle des Militärs in autoritären Regimen

<sup>4</sup> Vgl. Brownlee 2007b zur Nachfolgefrage in autoritären Regimen allgemein.

zwar keinen Forschungsschwerpunkt dar,<sup>5</sup> Analysen zu personalisierten Regimen sowie zu Einparteienregimen sind jedoch vielfältig. Hinsichtlich *personalisierter Regime* sind es ältere Konzepte wie der *Sultanismus* als personalistische Extremform (Chehabi/Linz 1998), sowie der *Neopatrimonialismus*, der Elemente von Personalismus, Informalität und bürokratischer Herrschaft verbindet, die gegenwärtig wieder stärker in den Blick rücken (Erdmann/Engel 2007). Neopatrimoniale Regime werden so vor allem im sub-saharischen Afrika – beispielsweise anhand der Steuerpolitik in Sambia (von Soest 2007) – sowie im Nahen Osten und in Nordafrika untersucht (siehe unten).

Diskutiert wird zudem der *Nexus von Personalismus und Einparteienregime*: Dan Slater argumentiert anhand von Malaysia, dass eine sukzessive Institutionalisierung in autoritären Kontexten gerade auch zur Personalisierung des Regimes beitragen kann, weil „(t)he *raison d'être* of authoritarian institutions is not to constrain „despotic power“, but to supply a regime with the „infrastructural power“ necessary to implement its command over potential opposition“ (2003: 82). Slater weist nach, dass es dem malaysischen Präsident Mohamad gelungen ist, die pluralistische Regierungspartei UMNO mit Hilfe von drei „Mechanismen der Personalisierung“ – der systematischen Ernennung abhängiger Klienten („packing“), der Wahlmanipulation und Etablierung der UMNO als einzigem Aufstiegskanal („rigging“) sowie der Umgehung zentraler Institutionen in der politischen Entscheidungsfindung („circumventing“) – grundlegend umzugestalten (2003: 87-91).

Die Frage *genuin autoritärer Institutionen* wird von Jennifer Gandhi und Adam Przeworski aufgegriffen (2007). Sie wenden sich gegen das gängige Argument, nach dem die Existenz formell-demokratischer Institutionen wie Parlamente, Parteien oder Verfassungen in autoritären Kontexten als schiere Augenwischerei zu verstehen sei. Stattdessen gehen sie von rational kalkulierenden Autokraten aus, die zwei Arten von Bedrohungen ihrer herrschenden Stellung sehen und diesen mit spezifisch ausgestalteten Institutionen entgegentreten: Herausforderungen aus dem Kreis der Topelite und solche aus der breiteren Gesellschaft (Gandhi/Przeworski 2007: 1280). Um ersteren zu begegnen, etablieren autoritäre

<sup>5</sup> Eine Ausnahme bildet hier Droz-Vincent's These des Übergangs von einer politischen hin zu einer zunehmend ökonomisch-unternehmerischen Rolle arabischer Armeen (2007).

Herrscher enge und exklusive Institutionen wie Beratungsräte, Juntas oder Politbüros. Um potenziellen Gefahren von breiteren sozialen Gruppen vorzubeugen, werden hingegen nominell demokratische Institutionen in Dienst genommen. Ein erster Mechanismus besteht in der Ämterpatronage, ein zweiter in der Aushandlung und Durchsetzung von Politikkompromissen. Letztere, so Gandhi/Przeworski auf der Basis einer makroquantitativen Erhebung, werden aus Sicht autoritärer Herrscher am besten im Parlament ausgehandelt; Voraussetzung ist, dass dort verschiedene, politisch relevante Interessengruppen vertreten sind, deren Inklusion sowie partiell Kooperation vom Regime gewährleistet werden kann und die dann sukzessive auch ein Eigeninteresse am Fortbestehen des Status Quo entwickeln.

Der Stabilität von *Einparteienregimen* geht Jason Brownlee in seiner interregional vergleichenden Analyse nach (2007a). Ausgehend von der Prämisse „that ruling parties underpin durable authoritarianism by providing a political setting for mediating elite disputes and preventing elite defections to the opposition“ (2007a: 42), sind es drei Erklärungsfaktoren, die pfadabhängig und je nach historischer Phase über (De)Stabilisierung der autoritären Regimes entscheiden: 1) frühe intra-elitäre Konflikte, 2) die Institutionalisierung der Regierungspartei und 3) das Maß an politischer Konfrontation (Brownlee 2007a: 35ff.). Zentral für Brownlees Argumentation ist die Frage, ob soziale Kernkonflikte in der Gründungsphase des Regimes gelöst werden, da dies wiederum determiniert, ob überhaupt eine Regierungspartei entstehen und sich konsolidieren kann. Gelingt es, zentrale politische Eliten in eine kohärente, zugleich jedoch diverse Interessengruppen berücksichtigende Regierungspartei zu integrieren (Ägypten 1952-54, Malaysia 1946-57), so kann diese institutionell gebundene Koalition in der Folge potenzielle Oppositionelle daran hindern, ihre Herrschaft erfolgreich herauszufordern. Somit trägt sie entscheidend zur mittel- und längerfristigen Dauerhaftigkeit des Regimes bei. Gelingt dies nicht (Iran 1979-81, Philippinen 1899-1946), so kann keine inklusive und stabile Regierungspartei entstehen; rivalisierende Elitensegmente ersetzen sodann Parteiinstitutionen durch taktische, kurzfristige Allianzbildungen. Hierdurch ergibt sich eine Fragmentierung der Regimeallianz, indem vormalige Regimeeliten sich der Opposition anschließen, was wiederum eine Destabilisierung des Regimes insgesamt mit sich bringen kann (Brownlee

2007a: 35-43). Wahlen sind dabei für Brownlee erst in späteren Phasen der Regimeentwicklung relevant; auch hier legt die institutionelle Pfadabhängigkeit, die sich in der Regierungspartei manifestiert, nahe, ob die Opposition elektorale Mechanismen für grundlegenden politischen Wandel etablieren kann.

Mit der Bedeutung von Wahlen ist sogleich eine weitere prominente institutionalistische Richtung der aktuellen Autoritarismusforschung angesprochen: der *electoral authoritarianism*.<sup>6</sup> Dieser Ansatz stellt Wahlen – in erster Linie zum Parlament – in den Mittelpunkt der Analyse zur Stabilisierung autoritärer Regime (Schedler 2002: 46-49, 2006). So existieren in elektoral-autoritären Regimen, die als eigenständiger Regimetypus zwischen „Wahldemokratien“ einerseits und „geschlossenen Autokratien“ andererseits verortet werden, zwar auch andere Elemente der institutionellen Landschaft repräsentativer Demokratie, wie Verfassungen, Parlamente, Gerichte, private Medien oder Interessengruppen. Es sind jedoch Wahlen und deren Prozeduren, die aufgrund ihrer zumindest formell breiten *Inklusivität* (universelles Wahlrecht), ihres *partiellen Pluralismus* (Teilnahme von Oppositionsparteien), ihres *minimalen Wettbewerbs* (Parlamentssitze für Opposition) und ihrer *minimalen Offenheit* (typischerweise wenig direkte, offene Repression) für die Strukturierung des politischen Feldes in pluralistisch-autoritären Regimen als konstitutiv angesehen werden (Schedler 2006: 3). Das „Menü der Manipulation“ (Schedler 2002) autoritärer Wahlen durch die Regime ist dabei sehr breit und schließt diskriminierende Wahlgesetze und Wahlkreiseinteilung, den Ausschluss und die bürokratische Schwächung bestimmter Oppositionsparteien und sozialer Gruppen, indirekten Zwang sowie Wahlbetrug mit ein. Gleichzeitig sind Wahlen im autoritären Kontext aber auch ambivalent, da eine totale Kontrolle des Wahlprozesses seitens der Regime aufgrund des partiellen Pluralismus nicht hergestellt werden kann. Trotz dieser „institutionalisierten Ungewissheit“ sehen sich die Regime gezwungen, insbesondere Parlamentswahlen abzuhalten, da diese spezifische Möglichkeiten der Patronage, der Konflikteinhegung sowie der Anpassung und Erneuerung der Regimekoalition bieten.

Der *electoral authoritarianism*, der im *Journal of Democracy* zwischen 2002-06 stark diskutiert wurde, ist zunehmend in die Kritik geraten: So wendet sich Richard Snyder allgemein gegen die übertriebene Bedeutung, die Wahlen in auto-

<sup>6</sup> In ihrer Dreiteilung autoritärer Regime bezeichnen Hadenius/Teorell „elektorale Regime“ als eigenen Typus neben monarchischen und Militär-Regimes (2007).

ritären Regimen zugestanden wird (2006: 220, 226). So tendiere die Forschungsrichtung erstens dazu, die vielfältigen autoritären Regime zu negieren, die weder Wahlen noch andere „demokratische“ Institutionen aufweisen (bspw. Nordkorea, Vietnam, Kuba, China; Snyder 2006: 225). Die Konzentration auf Wahlen und die sich daraus ergebende Dreiteilung der Regimetypen in Wahldemokratien, elektorale Autokratien und geschlossene Autokratien birgt zudem die konzeptionell-kategoriale Gefahr, dass die klassische Unterscheidung von Totalitarismus und Autoritarismus unnötig aufgebrochen wird. Zweitens sind es in solchen autoritären Regimen, in denen Wahlen stattfinden, in erster Linie „extra-elektorale“ Faktoren, die Kontext, Verlauf und Ergebnis bestimmen (Snyder 2006: 220). Snyder verdeutlicht diesen Kritikpunkt mit einer Differenzierung von de facto Wahlprozessen am Beispiel verschiedener Typen autoritärer Regimes: So haben Militärregime, wie in Burma 1990 und Algerien 1991/2, zwar kompetitive Wahlen verloren, aber trotzdem nicht die Macht abgegeben, weil sie die Gewaltmittel weitgehend kontrollieren und einsetzen konnten. In diesem Sinne können Wahlen auch der „reequilibration“ (Linz 1978) autoritärer Regime dienen. In personalistischen Regimen hingegen, in denen wie in Haiti oder auf den Philippinen unter Marcos keine umfassende Kontrolle über die Militärapparate bestanden, können Wahlen zwar destabilisierend auf das Regime wirken, in dem oppositionelle Militärs und deren Klientel mobilisiert werden. Für sich genommen ist die Fokussierung auf Wahlen jedoch unzureichend, die Opposition und Politisierung gegen das Regime zu erklären (Snyder 2006: 221). Ein dritter Aspekt betrifft das weithin ausgeblendete Verhältnis von Wahlen und Staatlichkeit, das vom Konzept des *electoral authoritarianism* nicht in den Blick genommen wird. Einerseits können Wahlen nicht nur die Stabilität des Regimes, sondern auch die Stabilität des Staates in Frage stellen: Während Wahlen in Haiti, der Sowjetunion und Jugoslawien zum Zusammenbruch der Staaten beigetragen haben, wirkten sie in Spanien nach Franco stabilisierend. Andererseits existieren Wahlen auch im Kontext von Staatszerfall, wo sie, wie in Liberia 1997 und Sierra Leone 1996, die Machtbalance über Territorien und Ressourcen im Kontext von Bürgerkriegen rekonfigurieren (Snyder 2006: 222ff.).

Das Konzept des *electoral authoritarianism* stellt einen prominenten Versuch dar, (vermeintliche) Neuerungen der gegenwärtigen Herrschaftspraxis in autoritären Regimen zu erfassen. Über die Etablierung eines neuen Regimetypus wird

versucht, die Linzsche Trias der Herrschaftstypen durch eine alternative Dreiteilung aus Wahldemokratie, elektoralen und geschlossenen Autokratien in Frage zu stellen. Was die *Typen- und Kategorienbildung* selbst angeht, so hat es in der vergleichenden Transitions- und Autoritarismusforschung in institutionalistischer Lesart seit den 1990er Jahren einige weitere bedeutsame Versuche gegeben (vgl. auch Munck 2006). Ausgangspunkt ist hierbei oft die so genannte „Grauzonen-Problematik“ (Schlumberger/Karadag 2006: 247f.; Krennerich 1999): Eine Vielzahl an Regimen lässt sich empirisch weder eindeutig als demokratisch noch als autoritär erfassen, sondern weist jeweils Merkmale beider Herrschaftsformen auf und ist so de facto in der Grauzone zwischen beiden Typen angesiedelt. Neben der zuvor erwähnten alternativen Kategorisierung besteht eine zweite prominente Strategie, mit dieser klassifikatorischen Problematik umzugehen, in der Einführung „verminderter Subtypen“ (Collier/Levitsky 1997). Hiermit ist gemeint, dass qualifizierende Termini eingeführt werden, die auf Spezifika der jeweiligen Regime hindeuten sollen. Besonders prominent sind die „*Demokratien mit Adjektiven*“ (Collier/Levitsky 1997), im deutschsprachigen Kontext vor allem die so genannten „*defekten Demokratien*“ (Merkel/Croissant 2000). Gegen diese Praxis der Klassifikation ist eingewandt worden, dass „Demokratien mit Adjektiven“ durch ihre Bezeichnung als Demokratien oftmals den tatsächlichen autoritären Charakter verschleiern (Schedler 2006: 4) und somit allzu sehr der Demokratisierungsteologie der klassisch-modernisierungstheoretischen Transitologie verhaftet bleiben. Zudem wird eine komparative Analyse *zwischen* unterschiedlichen Formen der „Demokratie mit Adjektiven“ dadurch verunmöglicht, dass inhaltliche Abstriche von der übergeordneten Kategorie gemacht werden und daher die notwendige Vergleichsbasis nicht mehr vorliegt.<sup>7</sup> Quasi spiegelbildlich zu den „Demokratien mit Adjektiven“ wurden in der Folgezeit auch „*Autoritarismen mit Adjektiven*“ in die Debatte eingeführt (Mácków 2000) – prominent hierbei „liberalisierte“ (Brumberg 2002) und „kompetitive Autoritarismen“ (Levitsky/Way 2002, i.V.).

Eine neben *electoral authoritarianism* und „*Demokratien/Autoritarismen mit Adjektiven*“ dritte Strategie der Klassifikation besteht in der Einführung eines neben Demokratie, Autokratie und Totalitarismus vierten Herrschaftstypus an

<sup>7</sup> Als Problem des „conceptual stretching“ ist dies von Giovanni Sartori kritisiert worden. Vgl. auch Schlumberger/Karadag 2006: 248.

sich: dem des *hybriden Regimes* (Diamond 2002; Karl 1995; Rüb 2002; Zinecker 2004).<sup>8</sup> Hierbei deutet der Begriff ebenfalls an, dass die jeweiligen Regime Charakteristika von Demokratie und Autokratien aufweisen, umgeht aber das Problem des „conceptual stretching“. Eine Schwierigkeit mit der Bezeichnung „hybride Regime“ und insbesondere der Zuordnung empirischer Beispiele besteht darin, dass sie kaum über den Status einer reinen Residualkategorie zwischen den vermeintlich reinen Typen demokratischer und autoritärer Regime hinausreicht.

## 2.2. Politökonomische Ansätze

Im Gegensatz zur Vielfalt institutionalistischer Ansätze ist das Feld politökonomischer Erklärungsfaktoren für die Stabilität autoritärer Regime übersichtlich. Die zentrale Konzeptionalisierung stellt hierbei der *Rentierstaats-Ansatz* dar (Beblawi/Luciani 1987; Beck 2007a, b). Dessen grundlegende Prämisse lautet, dass in denjenigen Staaten, die hohe Renten – verstanden als Einkommen, denen keine Investitions- oder Arbeitsleistungen gegenüber stehen – beziehen (also: Rentierstaaten), keine Demokratisierung stattfindet. Grundlegend hierfür ist, dass Renten dem Rentenempfänger prinzipiell zur freien Verfügung stehen und nicht an Vergabeverpflichtungen und somit potenzielle politische Forderungen geknüpft sind. Handelt es sich bei den Empfängern um Regimeeliten, so wird argumentiert, dass die Renteneinkünfte zur Stabilisierung des autoritären Status Quo verwendet werden. Typisch für Rentierstaaten ist so auch nicht die intensive Besteuerung der Bevölkerung, die demokratietheoretisch mit Repräsentation und Teilhabe verknüpft werden könnte, sondern vielmehr eine Allokationspolitik, womit die Loyalität breiter und insbesondere herrschaftsrelevanter sozialer Gruppen „erkauft“ werden kann. Rentierstaaten befinden sich vor allem dort, wo für die Weltwirtschaft höchst bedeutsamer Ressourcenreichtum vorherrscht – mit einer deutlichen Konzentration auf Erdöl und Erdgas. Dementsprechend lag der Fokus des Rentierstaats-Ansatzes bis Ende der 1990er Jahre fast ausschließlich auf der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas, da dort ein Großteil der weltweit bekannten Energieressourcen konzentriert ist (Beck 2007b). Seither werden mit dem Rentierstaats-Ansatz verstärkt aber auch das ressourcenreiche

<sup>8</sup> Andere Beispiele für eine vierte Kategorie sind „semi-democracy“ (Smith 2005) oder „semi-dictatorship“ (Brooker 2000: 252).

Russland, in Zentralasien Turkmenistan und Kasachstan, Nigeria sowie Mexiko und Venezuela untersucht. Diese (ansatzweise) Regionen übergreifende Gültigkeit des Rentierstaats-Ansatzes wird auch von aktuellen makro-quantitativen Studien belegt (Ross 2001; Smith 2004; Ulfelder 2007).

Der Rentierstaats-Ansatz als zentrale politökonomische Erklärungsvariante autoritärer Regimestabilität ist nicht unkritisiert geblieben. So gibt es eine aktuelle Diskussion über abweichende Fälle, d.h. es werden Fälle wie Norwegen untersucht, die grundlegende Charakteristika von Rentierstaaten aufweisen, trotzdem jedoch demokratisch sind. Martin Beck fügt hier zusätzliche Faktoren wie die Pfadabhängigkeit politischer Institutionen hinzu, ohne jedoch die grundlegende Argumentationsweise des Rentierstaats-Ansatzes in Frage zu stellen (2007a). Kritischer gegenüber der Erklärungskraft des Rentierstaats-Ansatzes ist Benjamin Smith, der auf dessen mechanistische Argumentationsweise hinweist und insbesondere herausstellt, dass „the durability effect appears to have been independent of consistent access to rents with which regimes can buy legitimacy, since the bust created no trend toward regime crisis or instability in exporting states“ (2004: 242; 2006). Mit anderen Worten: Obwohl bei einer wirtschaftlichen Krise und dem Rückgang der Welterdöl- oder Welterdgaspreise eine drastische Schwächung der Allokationskapazitäten der Rentierstaaten zu erwarten wäre, so lässt sich dieser Kausalzusammenhang empirisch dennoch nicht bestätigen. Dies gilt insbesondere für die „vollen“ Erdölrentiers, während die Krisenanfälligkeit bei den so genannten „Semi-Rentiers“, die lediglich 20-40 Prozent ihrer Einnahmen aus externen Renten bestreiten (Beblawi/Luciani 1987), deutlicher hervortritt. Smith schlägt deshalb zwei notwendige zusätzliche institutionelle Mechanismen vor, die für die Stabilisierung ressourcenreicher, autoritärer Regime notwendig sind: erstens robuste soziale Koalitionen und zweitens innenpolitische Institutionen, die über Zwang bzw. Kooptation organisierter Opposition entgegen treten können (Smith 2004).<sup>9</sup>

Der traditionelle Rentierstaats-Ansatz konzentriert sich stark auf den Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen und den sozio-politischen Implikationen, ohne dabei die Phase makro-ökonomischer Reformen,

die unter der Ägide von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank insbesondere seit den 1980er Jahren weltweit stattfinden, dezidiert zu berücksichtigen. Diese politökonomischen Restrukturierungsprozesse werden von neueren Konzepten stärker betont. So hat sich der Begriff des *crony capitalism* eingebürgert, der auf die informellen Beziehungsnetzwerke zwischen staatlichen und ökonomischen Eliten fokussiert. David Kang hat so an Südkorea und den Philippinen nachweisen können, dass eine partielle Implementierung wirtschaftlicher Strukturanpassungsprogramme keinesfalls sozio-ökonomische Bedingungen für eine Destabilisierung autoritärer Herrschaft ergeben müssen. Diese können stattdessen vielmehr als ein Anpassungsprozess aufgefasst werden, in dem sich neue Regimekonstellationen etablieren, ohne grundlegend den exklusiv-autoritären und informellen Herrschaftscharakter in Frage zu stellen (2002). Im Abschnitt 3.2. wird dieser Aspekt mit Konzepten und Ansätzen zum Nahen Osten und Nordafrika vertieft werden.

### **2.3. Internationale und regionale Erklärungsfaktoren**

Das Feld internationaler und regionaler Erklärungsfaktoren für die Stabilität autoritärer Regime ist durch Einzelfallstudien geprägt – eine überragende Forschungsrichtung hat sich bis dato nicht etabliert. Prominent ist Steven Levitsky und Lucan A. Way Konzeptionalisierung von „linkage“ und „leverage“ (2006). „Leverage“ (wörtlich: Einfluss, Hebelkraft) wird dabei als die Verwundbarkeit autoritärer Regime gegenüber externem Demokratisierungsdruck, vor allem aus westlichen, global dominanten Staaten, verstanden. Westliche „leverage“ kann dabei über Konditionalität, diplomatischen Druck, strafende Sanktionen sowie militärische Interventionen ausgeübt werden (Levitsky/Way 2006: 200f.). „Linkage“ (wörtlich: Bindung, Kopplung) meint hingegen die Dichte von Verbindungen zwischen autoritären Regimen und den USA, der EU bzw. westlich dominierten, multilateralen Organisationen (Levitsky/Way 2006: 199f.). „Linkage“ wird sodann entlang von fünf Dimensionen ausdifferenziert: 1) *ökonomisch*, bezogen auf Handel, Investitionen, Kredite und Beihilfen, 2) *geopolitisch*, 3) *sozial*, was Migration, Flüchtlings- und Diasporagemeinschaften, aber auch Tourismus und

<sup>9</sup> Diese beiden institutionalistischen Ergänzungen schließen direkt an die vorherigen Diskussionen zu autoritären Institutionen (Gandhi/Przeworski 2007) und Einparteienregimen (Brownlee 2007a) an.

Elitenausbildung im Westen angeht; 4) *kommunikativ*, verstanden als grenzüberschreitende Informations- und Medienverbindungen sowie 5) *transnational-zivilgesellschaftlich*, was sich auf die Beziehungen zu westlichen NGOs, religiösen Gruppen und Parteiorganisationen bezieht (Levitsky/Way 2006: 202).

Levitskys und Ways zentrales Argument lautet, dass der Einsatz westlicher „leverage“ unzureichend für einen Regimewandel im Sinne von Demokratisierung ist, sondern dass es vielmehr der diffuseren und dezentralisierten Effekte von „linkage“ bedarf (2006: 200). Dies hängt zunächst mit der großen Varianz westlicher Einflussmöglichkeiten im globalen Maßstab zusammen; besonders anfällig sind so kleine sowie militärisch und ökonomisch schwache Staaten, wie im außenabhängigen sub-saharischen Afrika. Mächtige Staaten wie China, Indien und Russland sind hiervon wesentlich weniger betroffen. Zweitens kann „leverage“ aber auch durch die eigene außenpolitische Agenda und damit verbundene Ziel- und Strategiekonflikte verkompliziert und geschwächt werden: So lässt sich westliche Außenpolitik gegenüber Ostasien und dem Nahen Osten durch ein „Demokratisierungs- vs. Stabilitäts-Dilemma“ charakterisieren (vgl. Jünemann 2005). Drittens können sich autoritäre Regime bei der Sicherstellung externer Unterstützung verstärkt auch auf alternative Regionalmächte verlassen. Beispiele sind hier Russland im Hinblick auf Armenien, Weißrussland und Ukraine (sowie, wie im August 2008, Abchasien und Südossetien) oder China in Ostasien (Levitsky/Way 2006: 201). In Ostmitteleuropa sowie in Mittel- und Lateinamerika, wo kein zu den USA und der EU direkter regional mächtiger Konkurrent existiert, gelten westliche Einflussmöglichkeiten als am effektivsten. Insgesamt bietet die Zweiteilung in „leverage“ und „linkage“ ein hilfreiches Grobschema zur Untersuchung internationaler Faktoren und deren (Nicht-)Wirkung auf den Wandel autoritärer Regime. Problematisch bleiben jedoch die allzu positiven Grundannahmen gegenüber westlicher Politik, die weitestgehend als demokratisierungsfreundlich und -förderlich aufgefasst wird.

Einen grundlegend anderen Ansatz zur Erfassung internationaler Dimensionen autoritärer Regimestabilität verfolgt Cédric Jourde (2007). Entgegen der dominanten Annahme über die primär passive und international bzw. regional abhängige Stellung kleiner, schwacher und autoritär regierter Staaten, stellt Jourde eben deren Handlungskapazitäten in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Ausgehend von Bayarts Konzept der „Extraversion“ (2000), das das aktive Engage-

gement afrikanischer Staatseliten gegenüber westlichen *agencies* herausstellt, geht es ihm darum, die Rolle der autoritären Regime in der Veränderung der „großen“, global und regional mächtigen Staaten heraus zu arbeiten. Während die „patron alliance manipulation“ (Jourde 2007: 484), bei der der zentrale externe Patron im Kalten Krieg situationsabhängig gewechselt werden konnte, bereits umfassend untersucht wurde, konzentriert sich Jourde auf „the discursive and symbolic performances that leaders in weak authoritarian states play out in an attempt to shape the representations that Western governments hold about them. This form of extraversion consists in targeting Western states' interpretations of small states main political features“ (2007: 485). Anhand von Mauretanien und Gabun zeigt Jourde, dass die jeweiligen Regime gegenüber den westlichen Regierungen ein Bild von Stabilität und Ordnung vermitteln wollen, das ihre Fortdauer entscheidend rechtfertigt und externen Veränderungs- und insbesondere Demokratisierungsdruck abschwächt. Dieses „framing“, das auf das Appellieren an westliche Sicherheitsinteressen ausgerichtet ist, ist in beiden Fällen unterschiedlich gelagert: Während sich mauretanische Eliten auf den Kampf gegen radikale Islamisten und pan-arabische Nationalisten konzentrieren (Jourde 2007: 489-492), sind es im Falle Gabuns die regional wirksamen, grenzüberschreitenden Kriege im benachbarten Liberia und Sierra Leone (1996-98), die diskursiv herausgehoben wurden (Jourde 2007: 492-496). Die diskursiven Rahmungen der zentralen Stabilitätsgefährdungen „radikaler Islamismus“ und „Warlordismus“, die von den mauretanischen und gabunischen Regimes benutzt wurden, decken sich dabei mit den westlichen, außen- und sicherheitspolitischen Agenden und stützen einander (Jourde 2007: 496ff.).

### **3. Die Stabilität autoritärer Regime: Erkenntnisse neuerer Beiträge der Nahostforschung**

„Die höchste Konzentration autoritärer Regime weisen der Nahe Osten und Nordafrika auf“ (Köllner 2008: 3). Allein diese Beobachtung lässt es sinnvoll erscheinen, sich intensiver mit der regionalspezifischen Debatte zur autoritären Regimestabilität im Nahen Osten und in Nordafrika zu beschäftigen. Im Folgenden werden die Erkenntnisse der Middle East Studies vorgestellt und mit der zu-

vor ausgeführten, allgemeinen Debatte in Zusammenhang gebracht. Entlang der Dreiteilung in institutionalistische, politökonomische sowie international-regionale Erklärungsfaktoren können so die Ansätze und Konzepte ergänzt, konkretisiert bzw. angepasst werden.

### 3.1. Institutionalistische Ansätze

Auch in der politikwissenschaftlichen Regionalforschung zum Nahen Osten und zu Nordafrika überwiegen institutionalistische Ansätze (vgl. auch Haklai 2009: 28). Insbesondere seit 2004 hat hier eine Ausdifferenzierung der Forschungsagenda stattgefunden: So haben einzelne Studien den Analysefokus dezidiert auf die repressiven Kapazitäten der Sicherheitsorgane vor allem in den arabischen Regimen konzentriert, denen es immer wieder gelingt, unliebsame Opposition und somit potenzielle Destabilisierungsmomente erfolgreich einzudämmen (Berlin 2004, 2005).

Jenseits von Repression und Zwang befasst sich ein weit größerer Teil der politikwissenschaftlichen Regionalforschung jedoch mit den nicht-repressiven Formen autoritärer Herrschaftsstabilisierung. Eine erste Richtung analysiert hierbei die von den Regimen angewandten *Strategien der Legitimierung*, die klassisch weberianischen Kategorien wie Tradition/Religion (vor allem in den „islamisch inspirierten“ Monarchien wie Jordanien, Marokko und Saudi Arabien) oder Charisma (etwa Saddam Hussein) mit berücksichtigen, aber auch über diese hinausreichen. Symbolpolitisch zeigt sich so seit Ende der 1990er Jahre eine ausgeprägte *Ökonomisierung des Diskurses*, die etwa in Jordanien, Marokko und Syrien über massive Medienkampagnen funktioniert und Ähnlichkeiten zur Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre aufweist: „Wirtschaftliche Modernisierung zuerst, Demokratie später (oder gar nicht)“ (Bank 2004: 172-174). Ähnliche Prozesse beschreibt Valeri für Oman (2007). Eine zweite Richtung aktueller Legitimierungsstudien nimmt die Mechanismen der *Kooptation* dezidiert in den Blick. Entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Kooptation herrschaftsrelevanter sozialer Gruppen ist dabei das sogenannte *„imitative institution-building“* (Albrecht/Schlumberger 2004). Damit ist gemeint, dass sich in den autoritären Regimen des Nahen Ostens und Nordafrikas seit den 1990er Jahren ein Prozess der Neugründung von Institutionen wie Reformkommissionen und Beratungsgremien sowie des Ausbaus von Parlamenten nachzeichnen lässt, der aber

ausschließlich der Ein- und Anbindung von einflussreichen Unternehmern, liberalen Reformern und Teilen der moderat-islamistischen Opposition dient.<sup>10</sup>

Eng verknüpft mit Arbeiten zu Legitimierung und Kooptation sind Fragen des *Verhältnisses von Regime und Opposition*. Während auch die Regionalforschung politische Opposition in autoritären Kontexten bis Ende der 1990er Jahre fast ausschließlich als notwendigen Demokratisierungsfaktor und zentralen Demokratisierungsakteur betrachtete, deuten neuere Studien darauf hin, dass von einer spezifischen Art der „autoritären Opposition“ (Albrecht 2005: 391) gesprochen werden kann. Ellen Lust-Okar weist so nach, dass es entscheidend auf die Initiativen autoritärer Amtsinhaber ankommt, das Feld politischer Opposition so zu strukturieren, dass sich eine Zweiteilung in ein loyalistisches und ein klar oppositionelles Lager ergibt (2005, 2007). Lässt sich ein solches „divided environment“ ausmachen, wie in Marokko in den 1980er Jahren, so ist es unwahrscheinlicher als etwa im „undivided environment“ Jordaniens, dass eine oppositionelle Politisierung gegen das Regime erfolgen kann. Zudem hat auch gerade die moderat-islamistische Opposition sukzessive ein Interesse, am politischen Spiel, das von den Regimeeliten kontrolliert wird, zu partizipieren, um nicht repressiv verfolgt zu werden und zugleich gegenüber anderen Oppositionsgruppen relativ an Einfluss gewinnen zu können (Wegner 2007). Auch die schiere Anzahl und Heterogenität, insbesondere an Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die wie in Ägypten mehrere tausend ausmachen, trägt zur Verhinderung einer einheitlichen oppositionellen Mobilisierung gegen das Regime bei (Langohr 2004). An die Arbeit von Lust-Okar anschließend zeigt Holger Albrecht am ägyptischen Beispiel, dass die spezifische Strukturierung politischer Opposition in pluralistischeren autoritären „settings“ stabilisierend wirken kann. Für das ägyptische Regime erfüllt die politische Opposition so fünf Funktionen (2005: 391f.): 1) eine Legitimitätsfunktion, in dem sie gegenüber „repressiven“ autoritären Regimen in der regionalen Nachbarschaft eine liberal-pluralistischere Atmosphäre suggeriert, 2) eine rent-seeking-Funktion, da die Existenz von Opposition es legitimer erscheinen lässt, externe Gelder zu akquirieren, 3) eine Kooptationsfunktion im Sinne eines Mechanismus zur Anbindung sozialer Gruppen, 4) eine Kanalisierungsfunktion, da Oppositionsparteien politischen Widerspruch kanalisieren und damit auch

<sup>10</sup> Vergleiche die Ähnlichkeit mit Gandhi/Przeworski 2007.

„überschaubar“ machen, 5) eine Moderationsfunktion, der zu Folge gewaltsamer Widerstand ebenfalls in – aus Regimesicht – kontrollierbarere Bahnen gelenkt werden kann.

Ein weiteres Feld institutionalistischer Ansätze betrifft Analysen des *Elitenwandels* (Perthes 2004). Im Nahen Osten und in Nordafrika lässt sich so ein partieller Prozess des Elitenwandels nachweisen, der sich in den verschiedenen Regimen – seien es formell Republiken oder Monarchien, seien sie ressourcenreich oder ressourcenarm<sup>11</sup> – jeweils als teilweise *Verjüngung*, *Ökonomisierung* (im Sinne einer stärkeren Inklusion von Geschäftsleuten) sowie einer *Demilitarisierung* (im Sinne eines Rückgangs des Militärs als primärem Aufstiegskanal, wie bis in die 1980er Jahre) manifestiert (Perthes 2004: 13ff.). Auffällig ist jedoch, dass ein Wandel in den Topeliten weitgehend ausgeschlossen ist und lediglich erfolgt, wo der dominante Präsident oder Monarch verstorben ist – von der prominenten Ausnahme Saddam Hussein 2003 einmal abgesehen. Während also in arabischen Staaten wie Ägypten, Jemen, Kuwait, Libyen, Oman, Tunesien oder den VAE seit mindestens zwei Jahrzehnten die gleichen Herrscher dominieren und die Zusammensetzung der Topelite weitgehende Kontinuität aufweist, ist es lediglich in Bahrain, Jordanien, Marokko (jeweils 1999) und Syrien (2000) zu einem Personalwechsel an der Staatsspitze gekommen, der dann auch einen partiellen Wandel in der Topelite nach sich zog. In diesen Kontexten *politischer Nachfolge* in autoritär-personalistischen, typischerweise neopatrimonialen Regimen zeigen sich neue Mechanismen der Elitenrekrutierung. Hierzu zählen die temporäre Formalisierung informeller Patron-Klienten-Beziehungen, vor allem bei Gremien, die wie in Jordanien die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung betreffen (Bank/Schlumberger 2004: 40-43).

Die Thematik politischer Nachfolge stellt auch die seit den 1960er Jahren gängige regionalwissenschaftliche *Klassifikation autoritärer Regime* in Frage. Denn mit der Vater-Sohn-Nachfolge im republikanischen Syrien 2000 sowie den aktuellen Nachfolgediskussionen in anderen Republiken wie in Ägypten, Jemen und Libyen (sowie, bis 2003, im Irak unter Saddam Hussein) ergeben sich Konzepte wie „präsidentielle Monarchien“ bzw. der „Monarchisierung“ republikanisch-autoritärer Regime. Monarchie und die besondere Dauerhaftigkeit monarchi-

<sup>11</sup> Vgl. Pawelka 2000 für diese gängige Differenzierung der nahöstlich-nordafrikanischen Regimetypen.

scher Regimes wird so auch als genuin nahöstlicher Regimetypus diskutiert (Herb 1999; Lucas 2004).

### 3.2. Politökonomische Ansätze

Wie schon in 2.2. angedeutet, wirft die Rentierstaats-Konzeption einen langen Schatten auf die politökonomischen Ansätze für die Erklärung autoritärer Regimestabilität, da sie vor allem anhand der erdölreichen Staaten am Persischen Golf entwickelt wurde (Beblawi/Luciani 1987). Dementsprechend ist sie auch bis dato in der Regionalforschung paradigmatisch, auch wenn es eine Reihe von alternativen Erklärungsversuchen bzw. Ergänzungen gegeben hat. Während so Michael Herb den Rentierstaats-Ansatz durch seine Konzeption des „dynastic monarchism“ ersetzen möchte (1999), geht es Steffen Hertog (2005) und Oliver Wils (2003) darum, institutionalistische Pfadabhängigkeiten und Akteursnetzwerke stärker berücksichtigt zu wissen und hierdurch zu einer Historisierung von (Semi-)Rentierstaaten zu gelangen. Rolf Schwarz untersucht seinerseits regionale Staatsbildungsprozesse und sieht den Rentierismus als entscheidendes Unterscheidungsmerkmal (2008).

In seinen Arbeiten zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien schließt Thomas Richter wiederum direkter an den „klassischen“ Rentierstaats-Ansatz an, entwickelt diesen jedoch in zwei Punkten entscheidend weiter (2007, 2008). Die erste Weiterentwicklung besteht darin, dass er die allzu einseitige Fokussierung auf Erdöl- bzw. Erdgasrenten aufgibt und die Vielfalt von Rententypen herausstellt: So differenziert er zwischen der spezifischen „Stofflichkeit“ der Renten (Rohmaterialrenten, Lagerrenten, strategische Renten, politische Renten, Migrant/innenrenten in Form von Gastarbeiterüberweisungen), der Herkunft der Rente (intra- oder extra-regional, staatlich oder privat) sowie der Verfügbarkeit der Renten (sehr hoch, hoch, mittel und partiell) (Richter 2007: 181f.). Richters zweite Weiterentwicklung liegt in seiner Fokussierung auf Staatsausgaben, während sich die älteren Rentierstaats-Arbeiten ausschließlich auf die Seite der Staatseinnahmen konzentrierten (2007: 183).

Studien zum *crony capitalism* sind auch in Bezug auf den Nahen Osten und Nordafrika aufgegriffen worden (Henry/Springborg 2001). Hieran anschließend lässt sich auch Oliver Schlumbergers Analyse des so genannten „*patrimonialen Kapitalismus*“ verorten (2008b). Sein Anliegen geht über eine reine politökono-

mische Analyse der SAP in vier arabischen (Semi-)Rentierstaaten (Ägypten, Algerien, Jordanien, VAE) hinaus und zielt auf die Herausarbeitung eines neuen Typus ökonomischer Ordnung ab – äquivalent zu den politischen Herrschaftstypen. Die zentrale These lautet sodann, dass die real existierenden neoliberalen Restrukturierungsprogramme zu einer Transition weg von klassischen (Semi-)Rentierstaaten und hin zu einer Form des patrimonialen Kapitalismus geführt haben, der sich seinerseits nochmals grundlegend von anderen Kapitalismen, insbesondere dem marktwirtschaftlichen Kapitalismus, unterscheidet. Als Typus ökonomischer Ordnung ist der patrimoniale Kapitalismus Schlumberger zu Folge unter anderem durch eine Dominanz von Informalität, die allgemeine Absenz von „rule of law“ sowie unklarer Eigentums- und Vertragssicherheit gekennzeichnet (2008b: 633-636). Patrimoniale Kapitalismen können des Weiteren nicht in Demokratien existieren – sie stellen insofern eine spezifische Form der autoritär-politischen Ökonomie dar.

### **3.3. Internationale und regionale Erklärungsfaktoren**

Erklärungen, die auf internationale und regionale politische Faktoren abzielen, sind in der Nahostforschung wiederum stärker fragmentiert. Im Kontext von 9/11, dem globalen „Krieg gegen den Terrorismus“, dem Irakkrieg seit 2003 sowie der allgemeinen intra-regionalen Gewalteskalation (Libanonkrieg 2006; Gazakrieg 2008/09) spielen *externe sicherheitspolitische Interessen* im Nahen Osten und in Nordafrika eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zur Bush-Administration bis 2009, Teilen der EU sowie diversen „think tanks“, denen zufolge der Irakkrieg einen regionalen „Demokratisierungsdomino“ einleiten würde, hat sich seit 2003 eine Stabilisierung autoritär-repressiver Herrschaft im Nahen Osten ergeben (Bank/Harders 2008: 411f.; Jung 2006). Verschiedene Initiativen politischer Reform, seien sie von der G8 oder der EU initiiert, haben so auch kaum Wirksamkeit gezeigt (Sayyid 2007), nicht zuletzt deshalb, weil auch sie durch das grundlegende „Demokratisierungs- versus Stabilitäts-Dilemma“ gekennzeichnet sind. So hat sich beispielsweise auch das amerikanisch-saudische Verhältnis – durch 9/11 eigentlich stark zerrüttet – als dauerhaft erwiesen, weil es letztlich doch die beiderseitigen zentralen Interessen an regionaler Hegemonie und Energiesicherheit gewährleistet (Aarts 2007: 254ff.).

Eine direkte Verknüpfung von international-sicherheitspolitischen mit politökonomischen Erkenntnissen führen Bessma Momani (2004) sowie Sean Yom und Mohammad Al-Momani (2008) an. Momani argumentiert, dass sich seit der Initiierung der IWF-Strukturanpassungsprogramme im Nahen Osten und in Nordafrika eine deutliche Politisierung der Vergabekriterien sowie des (fehlenden) Drucks feststellen lässt. So zeigt sie die deutliche US-amerikanische Regierungshandschrift bei den beiden IWF-Abkommen, die Ägypten 1987 und 1991 eingegangen ist. Eine ähnliche Argumentation – wenn auch direkter auf die bilateralen Beziehungen des US-Patron und „seines“ nahöstlichen Klienten Jordanien abstellend – verfolgen Yom/Al-Momani (2008). Sie zeigen, wie insbesondere in Krisensituationen des haschemitischen Regimes unter den Königen Hussein (-1999) und Abdallah II. (1999-) US-amerikanische Wirtschafts- und Finanzhilfe sowie diplomatische Arrangements unentbehrlich für die Re-Stabilisierung waren. Auch im Kontext des beginnenden Irakkriegs 2002-3 lässt sich dies nachvollziehen (Yom/Al-Momani 2008: 52f.).

Den Aspekt der *Re-Stabilisierung autoritärer Regime* in Zeiten politischer Krisen betont auch Jason Brownlee (2005). Anhand einer Untersuchung von Anti-Regime-Aufständen zeigt er nicht nur die Repressionsmacht nahöstlich-nordafrikanischer Regime, vielmehr unterstreicht er die weitgehende Autonomie von externem, internationalem oder regionalem politischen Druck: „In Syria, Tunisia, Iraq and Libya independence from foreign pressures for restraint left the regimes to suppress domestic insurgencies“ (Brownlee 2005: 58). Hier erlaubt folglich die internationale Nicht-Intervention die Wiederherstellung autoritär-repressiver Kontrolle. Eine ähnlich synthetische Verbindung von internationalen, politökonomischen und innenpolitisch-institutionalistischen Argumenten verfolgt Eva Bellin (2004, 2005). So erklärt sie die exzeptionelle Kapazität der Repressionsapparate in den nahöstlichen autoritären Regimen mit dem weiterhin regelmäßigen Rentenfluss sowie mit der kontinuierlichen Aufrechterhaltung internationaler Unterstützungsnetzwerke.

#### **4. Schlussfolgerungen: Erkenntnisse und Grenzen der neueren Autoritarismusforschung**

Eine kritische Würdigung der neueren Autoritarismusforschung legt es abschließend nahe, die spezifischen Erkenntnisgewinne aus Comparative Politics und Nahoststudien mit ihren analytischen Grenzen zu kontrastieren. Hervorzuheben ist zunächst, dass sich die hier untersuchten Arbeiten von der Demokratisierungsteleologie der früheren Transitionsforschung abzugrenzen versuchen (Pripstein 2004; Schlumberger 2008a: 86ff.) und stattdessen stärker die Ausdifferenzierung realer autoritärer Regime in den Blick nehmen. Wie ausführlich dargelegt, hat sich allgemein wie nahostspezifisch in der Autoritarismusforschung ein Mainstream institutionalistischer Ansätze herausgebildet (vgl. auch Köllner 2008; Haklai 2009), der sich auf autoritäre Institutionen (Herrscher, Regimeparteien), institutionell eingebettete Herrschaftsmechanismen (Legitimierung, Kooptation, Manipulation der Opposition) sowie institutionelle Pfadabhängigkeiten konzentriert. Letzteres erlaubt auch eine gewisse Historisierung autoritärer Regime, die so in der früheren Transitions-cum-Demokratisierungsforschung nicht gegeben war. Zudem werden diese institutionalistischen Ansätze von einer jüngeren Forscher/innengeneration repräsentiert (im US-Kontext von Jason Brownlee, Jennifer Gandhi, Ellen Lust und Benjamin Smith), die auch nah- und mittelfristig prominent bleiben dürften – vorausgesetzt natürlich, die eingangs dargestellte Renaissance des Autoritarismus hält an.

Der politikwissenschaftlichen Regionalforschung zum Nahen Osten und zu Nordafrika kommt für die allgemeine, institutionalistische Autoritarismusforschung eine gestiegene und durchaus gewinnbringende Bedeutung zu, wie insbesondere im Hinblick auf die Studien zu Legitimierungsstrategien und Kooptationsmechanismen gezeigt werden kann. Was politökonomische sowie international-regionale Erklärungsfaktoren autoritärer Regimestabilität angeht, so sind es ebenfalls gerade neuere Beiträge der Nahostforschung, die über den traditionellen Rentierstaats-Ansatz hinausweisen sowie die allzu demokratisierungsfreundlichen Annahmen westlicher Außenpolitik, wie sie Levitsky und Way mit „linkage/leverage“ nahe legen, mit empirischen Gegenbeispielen in Frage stellen. Hierdurch wird deutlich, dass die Nahoststudien die allgemeine Debatte der Autoritarismusforschung und ihre verschiedenen Stränge bereichern, indem sie neue empirische Erkenntnisse mit einbringen und prominente Thesen modifizieren helfen. So erfüllen die Middle East Studies zumindest teilweise die von eigenen Fachvertreter/innen (Anderson 2006, Pripstein 2004, Schlumberger 2007) ge-

äußerte Forderung nach einem verstärkten Engagement in der komparativen Autoritarismusforschung. Zugleich ist aber auch zu konstatieren, dass eine eigenständige Form nahostspezifischer Theoriebildung im Kontext der Renaissance des Autoritarismus bislang nicht stattgefunden hat (vgl. auch Haklai 2009: 28) – von einzelnen Konzeptionalisierungen wie dem „patrimonialen Kapitalismus“ und den Legitimierungsstrategien autoritärer Regime einmal abgesehen.

Diesen neuen Erkenntnissen der Autoritarismusforschung aus Comparative Politics und Nahostforschung stehen einige wichtige Limitierungen entgegen. In empirischer Hinsicht fällt zunächst die schiere Ausweitung der Forschungsagenda auf, die seit Beginn des 21. Jahrhunderts unter dem Label „Autoritarismus“ stattgefunden und zu einer massiven Ausweitung der untersuchten Materialbasis geführt hat. Diese ist für sich genommen selbstverständlich keineswegs negativ zu bewerten, drückt sie doch aus, dass autoritäre Regimestabilität als ein komplexes Phänomen aufgefasst wird, das eine breite und gleichermaßen tiefe Analyse notwendig macht. Problematisch wird es jedoch, wenn die Vielfalt potenzieller Einflussfaktoren und -variablen ihrerseits nicht von einer konzeptionellen Einbettung und Strukturierung begleitet ist. So entsteht bei den institutionalistischen Studien zum *electoral authoritarianism* der Eindruck, dass alle möglichen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren irgendwie mit Wahlprozessen in autoritären Kontexten zu tun haben, auf diese einwirken und von diesen beeinflusst werden – verallgemeinerbare Muster lassen sich hier oft nur begrenzt herausfiltern. Nach der starken Konzentration auf die Empirie autoritärer Regimestabilität, die die neuere Autoritarismusforschung bis dato prägt, erscheint dementsprechend eine verstärkte theoretisch-konzeptionelle Orientierung notwendig.

Apropos konzeptionelle Orientierung, hier liegen jedoch zugleich die wohl zentralen Fallstricke der allgemeinen wie nahostspezifischen Autoritarismusforschung. Diese quasi „eingebauten“ Begrenzungen sind typischerweise implizit, werden also gemeinhin nicht direkt thematisiert, prägen ihrerseits aber grundlegend die Analyse. Zuerst wäre in diesem Zusammenhang das Verständnis *politischer Stabilität* zu nennen, das den untersuchten Arbeiten zugrunde liegt. Es zeigt sich, dass Stabilität in der aktuellen Diskussion um autoritäre Regime nur

selten definiert, sondern in aller Regel als gegeben vorausgesetzt wird.<sup>12</sup> Insgesamt finden sich in den diversen untersuchten Studien eine Vielzahl von Termini, die Stabilität ähnlich sind, ohne selbst näher begrifflich geklärt zu werden. Hierzu zählen die Begriffe Aufrechterhaltung (maintenance), Ausdauer (endurance), Dauerhaftigkeit, Persistenz, Resilienz sowie Robustheit (robustness). Sind diese mit politischer Stabilität gleichzusetzen oder davon abzugrenzen? Wenn differenzieren, wie sollte dies geschehen? Bis dato scheint eine pragmatisch-synonyme, fast beliebig austauschbare Verwendung zwischen diesen Termini vorzuherrschen. Für die zukünftige Forschung könnte es jedoch sinnvoll sein, hier begrifflich und konzeptionell stärker zu unterscheiden.

Der zweite, konzeptionell orientierte Kritikpunkt betrifft die *Regimefokussierung* der Autoritarismusforschung.<sup>13</sup> Diese liegt zwar gewissermaßen „in der Natur der Sache“ und ist schon seit den Arbeiten von Juan Linz in den 1960er Jahren in die Forschungsagenda eingeschrieben. Letztlich läuft sie darauf hinaus, dass politische Veränderungsprozesse auch in den neueren Beiträgen aus Comparative Politics wie Nahostforschung immer nur als Regimewechsel („change of regime“) bzw. – empirisch häufiger – als Wandel innerhalb eines Regimes („change in regime“) aufgefasst werden können. Die einseitige Konzentration auf Regime bewirkt dadurch eine funktionalistische Verengung: Politische Dynamiken können immer erst und ausschließlich dann als relevant erfasst werden, wenn sie die Regimestruktur direkt betreffen, diese verändern bzw. zu Anpassungen zwingen. Dies rührt daher, dass dem Regimebegriff auch ein spezifisches Grundverständnis politischer Macht inne wohnt, das – wie das Fishman-Zitat aus der Einleitung belegt – als *lokalisierbar* und in einem *Zentrum* liegend aufgefasst wird. Eine Berücksichtigung kritischer Sozialtheorien, die wie etwa Bourdieu oder Foucault Macht und Herrschaft als wesentlich diffus, konfliktgeladen und widersprüchlich auffassen, steht für die Autoritarismusforschung noch aus. Zusammengefasst legen so die fortdauernde Regimefokussierung, der mit ihr verknüpfte Funktionalismus sowie das „traditionelle“ Machtverständnis die Vermutung nahe, dass die

<sup>12</sup> Eine Ausnahme stellt die systemtheoretisch orientierte Definition von Siegmund Schmidt (2003: 35) dar: „Politische Stabilität herrscht dann, wenn ein System dem fortwährenden Veränderungsdruck aus dem Innern und von außen widerstehen kann, dass trotz aller notwendigen Anpassungsleistungen die Struktur des Systems erhalten bleibt.“

<sup>13</sup> Vgl. für diesen Aspekt im Hinblick auf die Nahostforschung auch Bank 2007: 54ff.

neuere Autoritarismusforschung nicht wirklich einen Bruch der Demokratisierungsforschung der 1990er Jahre darstellt, sondern lediglich die leitende Forschungsfrage von den Bedingungen der Demokratisierung autoritärer Regime zu den Bedingungen der Stabilität autoritärer Regime umgedreht hat. Trotz der Abgrenzungsversuche gegenüber dem früheren Paradigma ist so auch in der Autoritarismusforschung die Blickweise der Transitologie, die auf Regime schaut, um Politik zu verstehen, weiterhin gegeben.

Drittens ist die neuere Autoritarismusforschung in konzeptioneller Hinsicht durch ein weithin ungeklärtes *Verhältnis zwischen Regime und Staat* gekennzeichnet. So ist es auffällig, dass lediglich Richard Snyder in seiner Kritik des *electoral authoritarianism* auf eine notwendige Differenzierung von Regime und Staat zu sprechen kommt, wenn er die je unterschiedlichen (De)Stabilisierungsmomente von Wahlen gegenüber Regimes vs. Staaten betont (2006: 222ff.). Ansonsten sind die neueren Arbeiten – von kurzen Bezügen einmal abgesehen (Schlumberger 2008a: 81) – gar durch eine weitgehende *Staatsvergessenheit* gekennzeichnet, die für die politikwissenschaftliche Nahostforschung bereits herausgearbeitet wurde (Bank 2007: 56f.), sich aber noch deutlicher in der allgemein Vergleichenden Politikforschung zeigt. So sucht man vergebens nach Bezugnahmen, ganz zu schweigen von systematischen Berücksichtigungen grundlegender staats-theoretischer Aspekte, wie Fragen nach Gewaltkontrolle und -monopol, Territorialität sowie interner und externer Souveränität. Einzig die Verweise auf die repressive Regimekapazitäten (Bellin 2004, 2005) oder die souveräne Verfügung der Regime über externe Gelder im Sinne des Rentierstaats lassen sich hier ansatzweise staats-theoretisch interpretieren und anführen – und diese entstammen wiederum primär der Nahostforschung.

Insgesamt gibt die neuere Autoritarismusforschung ein gemischtes Bild ab: Die Erkenntnisgewinne der Beiträge aus Comparative Politics und Nahostforschung sind bis dato in erster Linie empirischer Natur und haben so zu einer bemerkenswerten Ausdifferenzierung der institutionalistischen, politökonomischen und international-regionalen Erklärungsfaktoren für die Stabilität autoritärer Regime geführt. Gleichzeitig wirken die problematischen Grundannahmen der früheren Transitions- und Demokratisierungsforschung – das ungeklärte Verständnis von politischer Stabilität, die einseitige Regimefokussierung, die Staatsvergessenheit – auch in der aktuellen Forschung fort. Zwar bietet sich eine Öff-

nung hin zu Staats- und kritischen Sozialtheorien für die konzeptionelle Revision der Autoritarismusforschung an. Es ist jedoch Skepsis angebracht, ob der dafür notwendige, grundlegende Bruch mit ihrer jüngeren Ideengeschichte in den nächsten Jahren vollzogen werden kann.

## 5. Literatur

- Aarts, Paul 2007: The Longevity of the House of Saud: Looking Outside the Box, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*, Stanford, 251-267.
- Albrecht, Holger 2005: How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt, in: *Democratization*, Vol. 12, No. 3, 378-397.
- Albrecht, Holger / Schlumberger, Oliver 2004: Waiting for Godot: Regime Change Without Democratization in the Middle East, in: *International Political Science Review*, Vol. 24, No. 4, 371-392.
- Anderson, Lisa 2006: Searching Where the Light Shines: Studying Democratization in the Middle East, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 9, 189-214.
- Bank, André 2004: Rents, Cooptation, and Economized Discourse: Three Dimensions of Political Rule in Jordan, Morocco and Syria, in: *Journal of Mediterranean Studies*, Vol. 14, No. 1/2, 155-179.
- Bank, André 2007: Staatskonzeptionen und der Vordere Orient. Genese, politsoziologische Trends und Forschungsperspektiven, in: Albrecht, Holger (Hrsg.): *Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden, 43-61.
- Bank, André / Harders, Cilja 2008: Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten, in: *Leviathan*, Vol. 36, No. 3, 411-429.
- Bank, André / Schlumberger, Oliver 2004: Jordan: Between Regime Survival and Economic Reform, in: Perthes, Volker (Hrsg.): *Arab Elites. Negotiating the Politics of Change*, Boulder, 35-60.
- Bayart, Jean-Francois 2000: Africa in the World: A History of Extraversion, in: *African Affairs*, Vol. 99, No. 2, 217-267.
- Beblawi, Hazem / Luciani, Giacomo (Hrsg.) 1987: *The Rentier State*, London.
- Beck, Martin 2007a: Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Vol. 14, No. 1, 41-68.
- Beck, Martin 2007b: Der Rentierstaats-Ansatz. Zum politikwissenschaftlichen Charme eines ökonomisch fundierten Konzepts, in: Albrecht, Holger (Hrsg.):

- Der Vordere Orient. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden, 101-119.
- Bellin, Eva 2004: The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective, in: *Comparative Politics*, Vol. 36, No. 2, Vol. 139-157.
- Bellin, Eva 2005: Coercive Institutions and Coercive Leaders, in: Pripstein Posusney, Marsha / Penner Angrist, Michele (Hrsg.): *Authoritarianism in the Middle East: Regimes and Resistance*, Boulder, 21-41.
- Brooker, Paul 2000: *Non-Democratic Regimes. Theory, Government and Politics*, New York.
- Brownlee, Jason 2005: Political Crisis and Restabilization: Iraq, Libya, Syria, and Tunisia, in: Pripstein Posusney, Marsha / Penner Angrist, Michele (Hrsg.): *Authoritarianism in the Middle East: Regimes and Resistance*, Boulder, 43-62.
- Brownlee, Jason 2007a: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge.
- Brownlee, Jason 2007b: Hereditary Succession in Modern Autocracies, in: *World Politics*, Vol. 59, No. 4, 595-628.
- Brumberg, Daniel 2002: The Trap of Liberalized Autocracy, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13, No. 4, 56-68.
- Chehabi, Houchang .E./Linz, Juan J. (Hrsg.) 1998: *Sultanistic Regimes*, Baltimore.
- Collier, David/Levitsky, Steven 1997: Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research, in: *World Politics*, Vol. 49, No. 3, 430-451.
- Diamond, Larry 2002: Thinking about Hybrid Regimes, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13, No. 2, 21-35.
- Droz-Vincent, Philippe 2007: From Political to Economic Actors: The Changing Role of Middle Eastern Armies, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*, Stanford, 195-211.
- Erdmann, Gero/Engel, Ulf 2007: Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Studies*, Vol. 45, No. 1, 95-119.
- Fishman, Robert M. 1990: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, in: *World Politics*, Vol. 42, No. 3, 422-440.
- Fürtig, Henner (Hrsg.) 2007: *The Arab Authoritarian Regime Between Reform and Persistence*, Newcastle.

- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam 2007: Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 40, No. 11, 1279-1301.
- Geddes, Barbara 1999: What Do We Know About Democratization After Twenty Years?, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 2, 115-144.
- Hadenius, Alex/Teorell, Jan 2007: Pathways from Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, Vol. 18, No. 1, 143-156.
- Haklai, Oded (2009): Authoritarianism and Islamic Movements in the Middle East: Research and Theory-building in the Twenty-first Century, in: *International Studies Review*, 11, 27-45.
- Henry, Clement M./Springborg, Robert 2001: *Globalization and the Politics of Development in the Middle East*, Cambridge.
- Herb, Michael 1999: *All in the Family. Absolutism, Revolution, and Democracy in Middle Eastern Monarchies*, Albany.
- Hertog, Steffen 2005: Segmented clientelism: the political economy of Saudi economic reform efforts, in: Aarts, Paul / Nonneman, Gerd (Hrsg.): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*, London, 111-143.
- Hungtington, Samuel 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Norman.
- Jourde, Cédric 2007: The International Relations of Small Neauthoritarian States: Islamism, Warlordism, and the Framing of Stability, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 51, No. 2, 481-503.
- Jünemann, Annette 2005: Demokratie für die Arabische Welt. Anmerkungen zu einem sperrigen Exportartikel, in: Ehrhart, Hans-Georg / Johannsen, Margret (Hrsg.): *Herausforderung Mittelost. Übernimmt sich der Westen?*, Baden-Baden, 115-127.
- Jung, Dietrich 2006: Democratizing the Middle East: A Means of Ensuring International Security or an End in Itself?, in: ebd. (Hrsg.): *Democratization and Development. New Political Strategies for the Middle East*, New York, 177-188.
- Kang, David 2002: *Crony Capitalism. Corruption and Development in South Korea and the Philippines*, Cambridge.
- Karl, Terry Lynn 1995: The Hybrid Regimes of Central America, in: *Journal of Democracy*, Vol. 6, No. 3, 72-86.
- Köllner, Patrick 2008: Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Vol. 2, No. 2, 1-17.

- Krennerich, Michael 1999: Im Graubereich zwischen Demokratie und Diktatur: Methodische Ansätze und Probleme, in: Nord-Süd-Aktuell, Vol. 13, No. 2, 229-237.
- Langohr, Vicky 2004: Too Much Civil Society, Too Little Politics: Egypt and Liberalizing Arab Regimes, in: Comparative Politics, Vol. 36, No. 2, 181-204.
- Lauth, Hans-Joachim 1995: Autoritäre versus totalitäre Regime, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Bd. 1 Politische Theorien, München, 27-32.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. 2002: The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy, Vol. 13, No. 2, 51-66.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. 2006: Linkage and Leverage: How do International Factors Change Domestic Balances of Power, in: Schedler, Andreas (Hrsg.): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, 199-216.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A. *i. V.*: Competitive Authoritarianism. The Origins and Evolution of Hybrid Regimes in the Post-Cold War Era, Cambridge.
- Linz, Juan J. 1964: An Authoritarian Regime: Spain, in: Allardt, Erik / Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, Ideologies, and Party Systems, Turku, 291-341.
- Linz, Juan J. 1978: The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown, and Reequilibration, Baltimore.
- Lucas, Russell E. 2004: Monarchical Authoritarianism: Survival and Liberalization in a Middle Eastern Regime Type, in: International Journal of Middle East Studies, Vol. 35, No. 4, 103-119.
- Lust-Okar, Ellen 2005: Structuring Conflict in the Arab World. Incumbents, Opponents, and Institutions, Cambridge.
- Lust-Okar, Ellen 2007: The Management of Opposition: Formal Structures of Contestation and Informal Political Manipulation in Egypt, Jordan, and Morocco, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford, 39-58.
- Mácków, Jerzy 2000: Autoritarismen oder Demokratien mit Adjektiven? Überlegungen zu Systemen der gescheiterten Demokratisierung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 10, No. 4, 1471-1499.
- Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel 2000: Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 41, No. 1, 3-30.
- Momani, Bessma 2004: American Politicization of the International Monetary Fund, in: Review of International Political Economy, Vol. 11, No. 5, 880-904.

- Munck, Gerardo L. 2006: Drawing Boundaries: How to Craft Intermediate Regime Categories, in: Schedler, Andreas (Hrsg.): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, 27-40.
- Pawelka, Peter 2000: Politische Systeme im Vorderen Orient: Analysekonzepte und Forschungsstrategien, in: Orient, Vol. 41, No. 3, 389-413.
- Perthes, Volker 2004: Politics and Elite Change in the Arab World, in: ebd. (Hrsg.): Arab Elites. Negotiating the Politics of Change, Boulder, 1-32.
- Pripstein Posusney, Marsha 2004: Enduring Authoritarianism: Middle East Lessons for Comparative Theory, in: Comparative Politics, Vol. 26, No. 2, 127-138.
- Richter, Thomas 2007: The Political Economy of Regime Maintenance in Egypt: Linking External Resources and Domestic Legitimation, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Non-Democratic Regimes, Stanford, 177-193.
- Richter, Thomas 2008: Hedging against Breakdown: Material Distributions and Authoritarian Survival in Morocco, Tunisia, Egypt and Jordan between 1970-2005, Vortrag auf dem 15. Kongress der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient, Erfurt, 2.-4. Oktober.
- Ross, Michael L. 2001: Does Oil Hinder Democracy?, in: World Politics, Vol. 53, No. 3, 325-361.
- Rüb, Friedbert 2002: Hybride Regime. Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus?, in: Bendel, Petra et al. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, 93-118.
- Sayyid, Mustapha K. 2007: International Dimensions of Middle Eastern Authoritarianism: The G8 and External Efforts at Political Reform, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford, 215-230.
- Schedler, Andreas 2002: The Menu of Manipulation, in: Journal of Democracy, Vol. 13, No. 2, 36-50.
- Schedler, Andreas 2006: The Logic of Electoral Authoritarianism, in: ebd. (Hrsg.): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, 1-23.
- Schlumberger, Oliver 2007: Arab Authoritarianism. Debating the Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, in: ebd. (Hrsg.): Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford, 1-18.
- Schlumberger, Oliver 2008a: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden.

- Schlumberger, Oliver 2008b: Structural Reform, Economic Order, and Development: Patrimonial Capitalism, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 15, No. 4, 622-649.
- Schlumberger, Oliver/Karadag, Roy 2006: „Demokratisierung und Transitionsforschung“, in: Barrios, Harald / Stefes, Christoph H. (Hrsg.): *Einführung in die Comparative Politics*, München, 226-249.
- Schmidt, Siegmund 2003: Theoretische Überlegungen zum Konzept „Politische Stabilität“, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): *Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen*, Hamburg, 9-39.
- Schwarz, Rolf 2008: The Political Economy of State Formation in the Arab Middle East: Rentier States, Economic Reform, and Democratization, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 15, No. 4, 599-621.
- Slater, Dan 2003: Iron Cage in an Iron Fist. Authoritarian Institutions and the Personalization of Power in Malaysia, in: *Comparative Politics*, Vol. 36, No. 1, 81-101.
- Smith, Benjamin 2004: Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960-1999, in: *American Journal of Political Science*, Vol. 48, No. 2, 232-246.
- Smith, Benjamin 2005: Life of the Party: Origins of Regime Breakdown and Persistence Under Single-Party Rule, in: *World Politics*, Vol. 57, No. 3, 421-451.
- Smith, Benjamin 2006: The Wrong Kind of Crisis: Why Oil Booms and Busts Rarely Lead to Authoritarian Breakdown, in: *Studies in Comparative International Development*, Vol. 40, No. 4, 55-76.
- Snyder, Richard 2006: Beyond Electoral Authoritarianism: The Spectrum of Nondemocratic Regimes, in: Schedler, Andreas (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder, 219-231.
- Ulfelder, Jay 2007: Natural-resource wealth and the survival of autocracy, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 40, No. 8, 995-1018.
- Valeri, Marc 2007: State Building, Liberalization from Above, and Political Legitimacy in the Sultanate of Oman, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*, Stanford, 143-158.
- von Soest, Christian 2007: How does Neopatrimonialism Affect the African State? The Case of Tax Collection in Zambia, in: *Journal of Modern African Studies*, Vol. 45, No. 4, 621-645.
- Wegner, Eva 2007: Islamist Inclusion and Regime Persistence: The Moroccan Win-Win Situation, in: Schlumberger, Oliver (Hrsg.): *Debating Arab Authoritarianism*

tarianism. Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes, Stanford, 75-89.

Wils, Oliver 2003: Wirtschaftseliten und Reform in Jordanien. Zur Relevanz von Unternehmer-Bürokraten-Netzwerken in Entwicklungsprozessen, Hamburg.

Yom, Sean L./Al-Momani, Mohammad H. 2008: The International Dimensions of Authoritarian Regime Stability: Jordan in the Post-Cold War Era, in: Arab Studies Quarterly, Vol. 30, No. 1, 39-60.

Zinecker, Heidrun 2004: Regime-Hybridität in Entwicklungsländern. Leistungen und Grenzen der neueren Transitionsforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Vol. 11, No. 2, 239-272.